

Europa, Trump und der Mythos des unproblematischen Handelsüberschusses

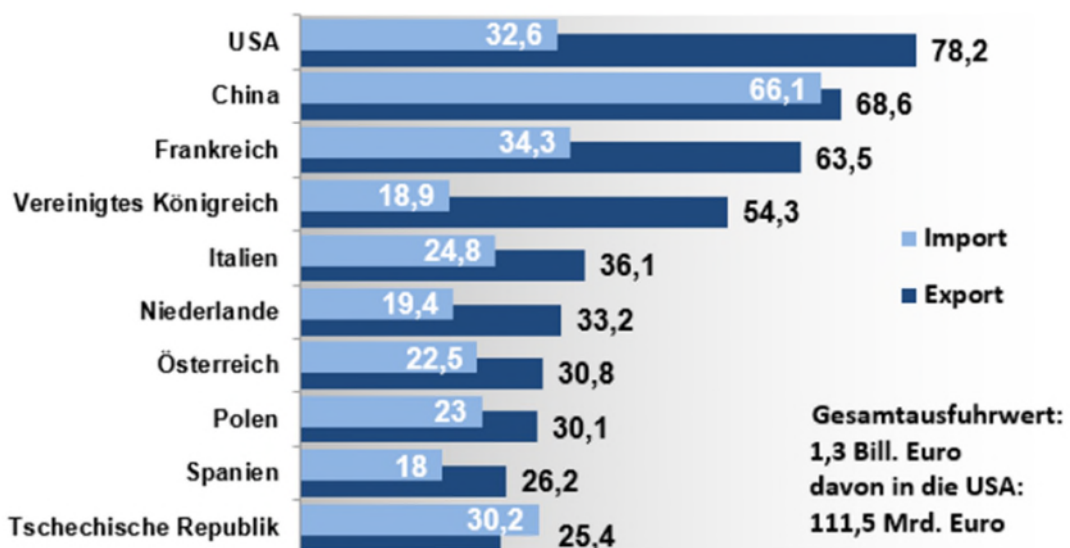
Alexander Ulrich, Tilman von Berlepsch

„Wir brauchen uns nicht dafür zu schämen, wenn wir besser sind als andere“, sagte Wirtschaftsminister Peter Altmaier im FAS-Interview¹ – und wehrte damit gewohnt exportnationalistisch die Forderung nach einem Abbau der deutschen Außenhandelsbilanzüberschüsse ab. Deutschland sei halt sehr produktiv, sehr wettbewerbsfähig, Produkte „made in Germany“ daher weltweit begehrt, der Überschuss daher kein Grund zur Kritik sondern Indikator für gutes Wirtschaften. Dass jedoch diese einseitige Fokussierung auf den Export² den derzeitigen Zollstreit mit den USA – der zwar vertagt aber keineswegs gelöst ist – ausgelöst hat, scheint Altmaier nicht weiter zu interessieren.

Metall- und Elektroindustrie:

Die 10 wichtigsten Zielländer deutscher Exporte 2017

in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandelsstatistik Spezialhandel, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Dabei wird die Bundesregierung schon länger von vielen Seiten für die horrenden Überschüsse von rund acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes kritisiert. Sowohl US-Präsident Donald Trump („The Germans are bad, very bad“), als auch sein französischer Kollege Emmanuel Macron („Überschuss-Fetisch“), IWF-Chefin Christine Lagarde („exzessives Ungleichgewicht“) und einer Reihe nobelpreisgekrönter Ökonomen, wie Joseph Stiglitz und Paul Krugman („Deutschland ist ein Schmarotzer“) betonen die

¹ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 6.5.2018.

² Das BMWi selbst gibt an 2016 Exporte in die USA mit Exportkreditgarantien in Höhe von 2 Mrd. € gefördert zu haben. [bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/exportkreditgarantien](https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/exportkreditgarantien), 15.05.2018.

Probleme, die sich aus dem deutschen Exportmodell ergeben. Sie haben gute Argumente auf ihrer Seite.

Gute Argumente für eine ausgeglichene Handelsbilanz

Zunächst ist festzustellen, dass durch den Fokus auf die Exporte die Abhängigkeit vom Weltmarkt enorm zunimmt. Wer vor allem auf fremden Märkten verkauft, ist von wirtschaftlichen Entwicklungen abhängig, die er nicht beeinflussen kann. Und wer permanent Überschüsse aufbaut, darf sich nicht wundern, wenn andere sich irgendwann dagegen wehren. Die deutschen Überschüsse in die USA haben sich seit dem Jahr 2000 nahezu verdreifacht. Die Defizite der USA werden allmählich zum Problem. Darauf reagiert Trump nun auf seine unvergleichbar undiplomatische Art.

Die Gefahr des Handelskrieges mit den USA ist keineswegs gebannt. Trump hat der EU ein bisschen Zeit gegeben, um zu reagieren. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er gewillt ist, weitere Zölle zu erheben, wenn die Europäer ihm nicht entgegenkommen. Vielleicht gar auf Autos, was die deutsche Ökonomie vor arge Schwierigkeiten stellen würde. Das sind politische Entwicklungen, die durch den Export-Fetisch provoziert werden und die letztlich außerhalb der eigenen Handlungsfähigkeit liegen. Entweder Deutschland baut die Überschüsse nach den eigenen Vorstellungen ab, oder Trump macht das auf seine Weise.

Um wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten, sollte ein Land sich also nicht zu sehr von externen Entwicklungen abhängig machen. Gerade in Zeiten globaler Instabilität täte die deutsche Wirtschaftspolitik gut daran, den Binnenmarkt zu stärken um wieder mehr Kontrolle zu bekommen. Doch das Gegenteil geschieht: Durch Druck auf Löhne und Sozialsysteme sollen die Lohnstückkosten gesenkt und Steuerbelastungen der Unternehmen abgebaut werden um den Export anzuheizen. Zwar konnten Gewerkschaften wie die IG Metall zuletzt einige gute Tarifabschlüsse erzielen, doch leistet sich Deutschland weiterhin den größten Niedriglohnsektor in der EU.

Dass die Ungleichgewichte – die immer größeren Unterschiede zwischen Überschuss- und Defizitländern – auch eine wesentliche Ursache der Eurokrise waren, ist bekannt. Die Überschüsse der einen (vor allem Deutschlands), sind die Defizite der anderen. Wer aber Jahr für Jahr Defizite anhäuft, landet unausweichlich in der Schuldenkrise. Man hätte auf die Krise reagieren sollen, indem man Überschüsse und Defizite abbaut, also ausgeglichene Handelsbilanzen zur Zielgröße macht. Doch die deutsche Regierung wich keinen Millimeter von der exportnationalistischen Linie ab. Wenn man halt besser ist, als die anderen, was soll man machen...

Stattdessen wurde versucht, den Krisenländern durch Anpassungsprogramme das deutsche Exportmodell überzustülpen. Die Troika-Programme in Griechenland, Portugal usw. zielten darauf ab, die Binnenmärkte zu zerschlagen und so eine Exportfokussierung zu erzwingen. In Griechenland ist das sogar teilweise gelungen – allerdings zum Preis einer sozialen Katastrophe und eines Rückgangs der industriellen Basis um gut ein Drittel.

Gerade unter den Konditionen einer Gemeinschaftswährung ist es unerlässlich, dass die Lohnentwicklung mit der Produktivitätsentwicklung Schritt hält. Es ist ja nicht wirklich so, wie Altmaier sagt, dass die Deutschen einfach besser sind, als die anderen. Sie bekommen Löhne unterhalb ihrer Produktivität, deshalb sind die Produkte billiger als anderswo und werden entsprechend stark nachgefragt. Länder mit eigener Währung können sich gegen diese Dumpingkonkurrenz durch Abwertung wehren. Der Euro wirkt für die Euroländer aber wie eine Fremdwährung und bietet diese Möglichkeit nicht.

Die deutschen Überschüsse in die Eurozone gehen also darauf zurück, dass einerseits die Löhne zu niedrig sind und andererseits die Handelspartner in der Währungsunion sich nicht mehr wehren können. Sonst ließe sich nicht erklären, warum Deutschland vor der Euroeinführung keine Überschüsse, sondern weitgehend ausgeglichene Bilanzen hatte. Oder sind wir erst seit knapp 20 Jahren so viel besser als die anderen?

Ein weiteres Problem das daraus resultiert ist das Wachstum des Finanzsektors. Je größere die Überschüsse und Defizite, desto höher der Berg an Schulden und Vermögen. Jedem Exportüberschuss steht ein außenwirtschaftliches Defizit gegenüber. Diese Defizite müssen finanziert werden. Es entsteht eine dauerhafte Auslandsverschuldung mit verheerenden Folgen für die Souveränität eines Landes. Gleichzeitig wird der Finanzsektor enorm aufgeblasen und selbst nicht-finanzielle Unternehmen pumpen ihre Überschüsse zunehmend in die Finanzmärkte. Die nächste Finanzkrise kommt bestimmt.

Und die nächste Wirtschaftskrise auch: Warenexport bedeutet gleichzeitig Arbeitslosigkeitsexport. Durch die Produktion von Gütern, die im Ausland konsumiert werden, wird die Produktionskapazität im Ausland eingeschränkt. Deutschland übernimmt einen Teil der Produktion seiner Handelspartner und exportiert damit Arbeitslosigkeit in die EU und in Drittländer. *Brain Drain*, also das Abwandern von gut ausgebildetem Fachpersonal aus dem europäischen und globalen Süden und die Migration jener, die mit der unsäglichen Bezeichnung als „Wirtschaftsflüchtling“ gebrandmarkt werden, sind somit auch ein unmittelbares Resultat des deutschen „Exportwunders“. Die Menschen nehmen die umgekehrte Richtung der Waren, denn ihr Ursprung verspricht Arbeit.

Zurück zum Stabilitätsgesetz

Es spricht also viel dafür, ausgeglichene Handelsbilanzen anzustreben. Man behält mehr Kontrolle über die eigene wirtschaftliche Entwicklung, erhöht den Wohlstand der inländischen Bevölkerung, trägt zur Stabilisierung der Weltwirtschaft und zur Prävention von Wirtschafts- und Finanzkrisen im Griff und ermöglicht auch anderen Ländern eine wirtschaftliche Entwicklung.

Entsprechend klug ist das Stabilitätsgesetz von 1967 angelegt, das einst die Leitlinien der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik vorgab. Das Gesetz besagt, dass die haushaltspolitischen Entscheidungen neben Wachstum, Preisstabilität und

Vollbeschäftigung auch das Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts berücksichtigen sollen. In merkantilistischer Manier, einen möglichst hohen Außenhandelsüberschuss als Ausdruck von Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Potenz zu verstehen, ist somit ein permanenter Verstoß gegen Artikel 109 des Grundgesetzes.

Woher die Überschüsse kommen

Die Bundesregierung gibt sich gerne machtlos. Die Überschüsse seien Folge der hohen Produktivität, da ließe sich beim besten Willen nichts machen. Oder solle man ein Gesetz verabschieden, das alle Arbeiter verpflichtet, langsamer zu arbeiten? Natürlich nicht, doch eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Bundesregierung wenig Anlass hat, die Unschuld vom Lande zu spielen.

Woher kommen also die Überschüsse? Dieser Frage ging der Brüsseler Think Tank Bruegel nach und kam zu dem Ergebnis, dass sie vor allem dem Industriesektor anzulasten sind.³ Deutschlands Industrieunternehmen exportieren viel, investieren hingegen wenig und tragen so maßgeblich zur Schieflage der Außenhandelsbilanz bei.

Das privatwirtschaftliche Investitionsdefizit wird durch eine weit klaffende Lücke öffentlicher Investitionen ergänzt. Das ist auch der Grund, warum die EU-Kommission seit Jahren im Europäischen Semester höhere öffentliche Investitionen fordert. Gegen den „Schwarze-Null-Fetisch“ lässt sich jedoch schwer anstinken. Das wird sich auch unter einem Finanzminister Olaf Scholz nicht ändern. Dieser ließ keinen Zweifel daran, den strikten Kurs seines Vorgängers Wolfgang Schäuble fortsetzen zu wollen.

Die Hauptursachen sind in der Untersuchung klar benannt: Die schwachen privaten und öffentlichen Investitionen, gepaart mit der schwachen Lohnentwicklung.⁴ Es gibt schlicht nicht genug Nachfrage im Inland, um dort so viel zu kaufen, wie produziert wird. Deshalb müssen ausländische Märkte herhalten.

Wer behauptet, die Überschüsse seien gut für Deutschland, der behauptet also auch, dass es gut ist, möglichst wenig in den digitalen Wandel und öffentliche Infrastrukturen wie das Bildungswesen, öffentlichen Verkehr oder das Gesundheitssystem zu investieren und das Lohnniveau möglichst niedrig zu halten. Bessere Ausstattung in Schulen, weniger Löhne unterhalb des Mindestlohns und eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur sind hingegen nur um den Preis einer ausgeglicheneren Handelsbilanz zu haben. Die Überschüsse liegen nicht im „deutschen Interesse“, sondern im Interesse deutscher Exportunternehmer und deutscher Finanzinstitute, die einen Reibach damit machen, die Defizite der anderen zu finanzieren.

³ bruegel.org/2018/05/germanys-current-account-surplus-and-corporate-investment, 15.05.2018.

⁴ <http://bruegel.org/2017/04/the-global-decline-in-the-labour-income-share-is-capital-the-answer-to-germanys-current-account-surplus>, 15.05.2018.

Überschüsse in die Eurozone und den Rest der Welt

Exportnationalisten führen gerne ins Feld, dass die Kritik der EU-Kommission an den deutschen Überschüssen unberechtigt sei, weil der Überschuss in die Währungsunion mit 23 Milliarden Euro überschaubar ist. Das Gros der Überschüsse – 226 Milliarden – bestehe gegenüber dem Rest der Welt. Das gehe die Kommission nichts an, weil es mit den Instabilitäten der Währungsunion nichts zu tun habe.

Vom letzten Satz abgesehen ist das Argument berechtigt. Die Rolle der deutschen Überschüsse bei der Eurokrise wird oft unterkomplex und damit falsch dargestellt: Deutschland produziere billiger als Südeuropa, deswegen kauften die Südeuropäer mehr aus Deutschland als sie dorthin verkauften. Ihre Märkte würden also mit deutschen Produkten überflutet, was zu steigenden Defiziten und Schulden führe.

In Wirklichkeit sind die deutschen Warenhandelsbilanzen gegenüber Griechenland oder Spanien mittlerweile ziemlich ausgeglichen. Die Südeuropäer kaufen deutsche Autos, die Deutschen Orangen, Olivenöl und so weiter. Das gleicht sich im Großen und Ganzen aus. Vor allem, weil die Nachfrage in den Krisenländern eingebrochen ist und weniger deutsche Produkte gekauft werden. Daraus folgt aber noch lange nicht, dass der deutsche Überschuss nichts mit der Währungsunion zu tun hat und für selbige kein Problem ist.

Das Argument mit der notwendigen Komplexität formuliert geht so: Bis zur Euroeinführung hatten die beteiligten Länder weitestgehend ausgeglichene Handelsbilanzen. Seither hat Deutschland einen enormen Überschuss gegenüber den USA, Japan und anderen Ländern mit hochtechnologisierten Ökonomien aufgebaut, während Südeuropa ein Defizit gegenüber ihren unmittelbaren Konkurrenten im Rest der Welt angehäuft hat – Länder mit großer Schlagseite zu mittelmäßig anspruchsvollen Industrieprodukten. Die Ursache ist, dass die Gemeinschaftswährung für Deutschland unter- und für Südeuropa überbewertet ist. So erlangt Deutschland gegenüber dem Rest der Welt einen Wettbewerbsvorteil zum Preis eines Wettbewerbsnachteils Südeuropas. Auch wenn die Warenhandelsbilanzen ausgeglichen sind, haben die deutschen Überschüsse und die südeuropäischen Defizite also miteinander – und vor allem mit dem Eurosystem – zu tun.

Ein direktes Ungleichgewicht gibt es bei den Zahlungsbilanzen. Wie bereits dargestellt, müssen Außenhandelsdefizite finanziert werden. Hier kommen deutsche und vor allem französische Banken ins Spiel, die in den Jahren vor der Krise massiv in Südeuropa investiert haben und so die Defizite finanzierten. Die Schulden, die Portugal und andere angehäuft haben, haben sie also zu einem großen Teil gegenüber deutschen und französischen Banken.

Das erklärt auch die Logik hinter den Troika-Kürzungsprogrammen. Viele argumentieren, dass die Programme aus deutscher Sicht „dumm“ seien, weil sie die Nachfrage und somit die eigenen Absatzmärkte zerstören. Nein, Griechenland ist für Deutschland kein

relevanter Absatzmarkt. Aber die deutschen Banken wollen ihr Geld zurück. Deswegen presst die Troika den letzten Cent aus den Griechen und Portugiesen raus und nötigt deren Regierungen, selbigen sofort an die Gläubiger zu überweisen.⁵

Es ist also nicht die wirtschaftspolitische Unvernunft, die da waltet, sondern klares Kalkül deutscher Interessen. Zum einen werden die Kosten, der von deutschen Banken eingegangen Risiken, auf andere Eurozonenländer abgewälzt. Zudem profitiert Deutschland mit Zinseinsparungen bei der Ausgabe von Staatsanleihen⁶ und durch die konstante Unterbewertung deutscher Exportprodukte durch die Gemeinschaftswährung.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Krise war eindeutig exportgetrieben und die Quelle des Wachstums lag außerhalb der Eurozone. Nicht grundlos betrug 2016 der deutsche Anteil an den europäischen Leistungsbilanzüberschüssen 84 Prozent.

Die Argumentation, dass die deutschen Überschüsse unproblematisch seien, weil sie nicht gegenüber der Eurozone, sondern gegenüber dem Rest der Welt bestehen, ist auch deshalb falsch, weil Überschüsse gegenüber dem Rest der Welt nicht unproblematisch sind. Zwar haben Länder mit eigener Währung mehr Möglichkeiten, sich gegen die deutsche Dumpingstrategie zu verteidigen, doch problematisch bleibt die Schiefelage in den Bilanzen trotzdem. Nicht zuletzt der schwelende Zollstreit mit den USA zeigt, dass globale Handels-Divergenzen schwer zu kontrollieren sind und für geopolitischen Zündstoff sorgen.

Macron im Wettbewerbsrausch

Der Meister ausgeglichener Handelsbilanzen war bisher Frankreich. Während Deutschland seit der Euroeinführung einen immer größeren Überschuss und der Süden immer größere Defizite aufgebaut hat, stand Frankreich stets irgendwie dazwischen und konnte die Bilanz ganz gut im Lot halten. Präsident Macron verwies jüngst, auch nicht ohne Stolz, in Washington auf die ausgeglichene Bilanz zwischen Frankreich und den USA. Damit wollte er wohl sagen: Die Deutschen sind die Bösen, die Franzosen sind lieb. Im Buhlen um die Gunst Donald Trumps hat Macron gerade eindeutig die Nase vorn.

Dabei eifert er innenpolitisch dem deutschen Modell mit aller Entschlossenheit nach. Die Arbeitsmarkt- und Strukturreformen, die Macron in der Heimat gerade mit aller Gewalt zum Preis historischer Einbrüche der präsidentialen Beliebtheitswerte und massiver sozialer Konflikte (Bahnstreiks, Unibesetzungen etc.) durchzieht, zielen auf eine massive Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit ab. Schon im Wahlkampf berief sich Macron explizit auf die deutsche „Agenda 2010“ und begann kurz nach seiner Wahl mit dem Angriff auf Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte. Er möchte die Staatsquote senken

⁵ Vgl. Frederic Heine und Thomas Sablowski (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion?, in: PROKLA 181, S.563-591.

⁶ Die Zinsersparnisse für den deutschen Staat durch die, krisenbedingt, hohe Nachfrage nach deutschen Anleihen betragen nach Berechnungen des Leibniz Instituts für Wirtschaftsforschung rund 100 Milliarden Euro.

und bis 2022 bis zu 120.000 Stellen im öffentlichen Dienst streichen. Der europäische interne Abwertungswettbewerb hat längst begonnen und mit den französischen Reformen könnte eine Abwärtsspirale der Arbeitsmarktflexibilisierung in Gang gesetzt worden sein, die schwer aufzuhalten ist. Das Exportmodell Deutschland macht Schule und Macron erhofft sich mit der „Mutter aller Reformen“ die französische Handelsbilanz, auch gegenüber den USA, aufzupolieren.

Deal mit Trump

Die Verhandlungen über Ausnahmen für die EU von Trumps Zollmaßnahmen laufen derweil weiter. Sie haben auch die Debatte über ein transatlantisches Handelsabkommen neu entfacht. Unter dem Label „TTIP light“ wirbt Wirtschaftsminister Altmaier in der EU für eine abgespeckte Neuauflage des umstrittenen, gescheiterten Handelsabkommens. Doch die Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks haben die Proteste gegen unregulierten Freihandel und Schiedsgerichte noch nicht vergessen. Trump war schon immer dagegen. Stimmen aus Frankreich machten zudem zur Bedingung, dass die USA wieder dem Pariser Klimaabkommen beitreten, bevor neue Verhandlungen über Handelsabkommen beginnen könnten. Eine Neuauflage von TTIP scheint also unwahrscheinlich. Mit Trumps massiven Steuersenkungen für US-amerikanische Unternehmen hat er jedoch den Standortwettbewerb wieder angeheizt und die üblichen neoliberalen Marktschreier fordern auch hierzulande wieder kräftig die Steuern zu senken.

Ob die Verhandlungen mit den USA zu einem „Deal“ führen, oder Trump der EU erstmal so richtig einen einschenkt, hängt vor allem davon ab, ob Deutschland einlenkt und glaubwürdige eigene Maßnahmen zum Abbau des Überschusses auf den Tisch packt. Darum wird die Bundesregierung nicht rumkommen, denn Trump sitzt am längeren Hebel. Schließlich hat sich Deutschland nicht nur von den Exporten abhängig gemacht, sondern auch von der Automobilindustrie. Eine substanzielle Zusatzbesteuerung von deutschen Autos auf dem US-Markt käme hierzulande einer Wirtschaftskrise gleich. Ein zu großer Teil der deutschen Wirtschaftsleistung und bis zu zwei Millionen Jobs hängen von der Autoproduktion ab.

So hat die Bundesregierung bereits angekündigt sich bis 2024 den NATO-Vorgaben, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, annähern zu wollen und schon jetzt wird fleißig aufgerüstet. Verteidigungsministerin von der Leyen forderte kürzlich 12 Milliarden Euro mehr für die Bundeswehr. Nicht dass es keine sinnvolleren Investitionsoptionen gäbe. Doch ein solcher Deal – Aufrüstung (mit US-amerikanischem Kriegsgerät) gegen Zollfreiheit – wäre wahrscheinlich ganz nach Trumps Geschmack.

Importe durch Binnennachfrage steigern

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass kein Weg an einem Abbau der Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands vorbeiführt. Nur so lässt sich der Zollstreit

beilegen, nur so lassen sich die Verhältnisse in der Währungsunion entspannen, nur so lässt sich der Lebensstandard vieler Deutscher auf das angemessene Niveau steigern.

Es braucht daher dringend saftige Lohn- und Rentensteigerungen und eine Erhöhung des Investitionsniveaus. Wir fordern einen armutsfesten Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen, ein entschiedenes Zurückdrängen von Leiharbeit und anderen prekären Beschäftigungsformen, eine armutsfeste Mindestrente von 1.050 Euro, eine solidarische Bürgerversicherung, die vor allem niedrige Einkommen entlastet sowie ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das vor allem öffentliche Infrastrukturen wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Verkehr und den Ausbau der digitalen Infrastruktur berücksichtigt.

Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) riet kürzlich der Bundesregierung den Steuerkeil zwischen Brutto und Netto zu verkleinern um die niedrigen Einkommen zu entlasten. Stattdessen sollte unter anderem in die Kinderbetreuung investiert werden, um die Frauenerwerbsquote zu erhöhen und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern abzubauen. Beide Maßnahmen könnten dazu beitragen, die deutschen Überschüsse zu senken, so der IWF.⁷

Zu investieren wäre auch in den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, allen voran der Industrie. Ein groß angelegtes Konversionsprojekt, konkret ein sozial-ökologischer Strukturwandelfonds, könnte einen starken Beitrag zur Binnenmarktorientierung und durch Förderung von Öko-Innovationen und -Technologien zur Zukunftssicherung des Industriestandortes Deutschlands beitragen. Die Förderung neuer Arbeitsplätze muss einhergehen mit guten Qualifizierungsangeboten sowie der Stärkung regionaler Entwicklung und wirtschaftsdemokratischen Elementen. Ohne Gewerkschaften, Umweltverbände und lokale Partner wird kein Umbau möglich sein. Die Bundesregierung gibt viel für Wirtschaftsförderung aus. Dieses Geld muss für das Gemeinwohl eingesetzt werden und darf sich nicht an den Profiten der Exportindustrie orientieren. Auch die Energiewende muss mit einem Fonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro gefördert werden um den Strukturwandel sozial abzusichern. Ein gerechteres Steuersystem könnte einen Beitrag dazu leisten, doch Fakt bleibt: Der Staat muss Geld in die Hand nehmen. Eine solche Politik würde den Überschuss nicht „auf Kosten des deutschen Wohlstands“ abbauen, das Gegenteil wäre der Fall.

Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen entsprächen der Maßgabe des Stabilitätsgesetzes von 1967, würden aber zugleich eine politische 180-Grad-Wende voraussetzen. Bisher wehrt sich Schwarz-Rot mit Händen und Füßen gegen jegliche Kurskorrektur. Doch Dauerhaft werden die Exportnationalisten dem internen und externen Druck wohl nicht standhalten können.

⁷ <http://www.imf.org/en/News/Articles/2018/05/14/Germany-Staff-Concluding-Statement-of-the-2018-Article-IV-Mission>, 15.05.2018.

Autorenangaben:

Alexander Ulrich ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, Obmann des Wirtschaftsausschusses und Mitglied des EU-Ausschusses.

Tilman von Berlepsch ist Ökonom und Politikwissenschaftlicher und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Alexander Ulrich.